

# ANTRAG ZUM 18. LANDESTAG PENSIONISTEN der GÖD-NÖ

*Eingebracht von:*

LANDESLEITUNG Pensionisten GÖD-NÖ

## Antrag Nr. 1

*Der 18.ordentliche Landestag Pensionisten der GÖD-NÖ  
möge beschließen:*

Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst wolle sich dafür einsetzen, dass das Bargeld nicht abgeschafft und der digitale Euro für Privatpersonen nicht eingeführt wird.

*Begründung:*

Es gibt Anzeichen dafür, dass Schritte in Richtung Abschaffung des Bargeldes getätigt werden. Es wird bereits der € 500,- Schein nicht mehr gedruckt und die Europäische Kommission denkt über die Abschaffung kleiner Cent-Münzen nach. Vielerorts ist kontaktloses Bezahlen mittels NFC-Technologie bereits möglich. Da das Alter außerhalb der Arbeitswelt als Diskriminierungsgrund nicht anerkannt ist, haben ältere Menschen Probleme im täglichen Leben. Sie erhalten oft keine Kreditkarte mehr, haben keinen Überziehungsrahmen und sind auf Bargeld angewiesen, damit sie ihre täglichen Ausgaben tätigen können. Viele ältere Personen haben gar kein Bankkonto und erhalten ihre Pension durch den Briefträger. Vielen älteren Personen ist der Zugang in die digitale Welt verwehrt, viele wollen oder können sich mit elektronischen Systemen nicht mehr auseinandersetzen. Würde nun das Bargeld abgeschafft, stehen diese Personen ohne Zugangsmöglichkeit zu Geldmittel und damit zur Teilhabe am täglichen Leben da. Gerade im heurigen Jahr konnte beobachtet werden, dass Geschäfte aufgrund des Coronavirus Covid 19 bargeldlose Zahlungen einforderten. Auch viele Geschäfte gehen schon dazu über, Filialen mit bargeldlosen Kassen zu eröffnen. Es kann dort nur mehr mit Karte bezahlt werden. Dies kann als erster Schritt betrachtet werden, das Bargeld ganz abzuschaffen. In Schweden ist man hier bereits einen wesentlichen Schritt weiter zu bargeldlosem Zahlen, dort wird in Geschäften kein Bargeld mehr akzeptiert, Kleinstbeträge auf Märkten oder für Zeitungen werden mittels mobiler Kartenlesegeräte abgerechnet. Der Umsatz im Einzelhandel läuft bis zu 95% bargeldlos. Durch Abschaffung des Bargeldes könnte der Staat direkt durch negative Zinsen auf die Ersparnisse der Bürger zugreifen. Der Staat würde noch besser über Zahlungen und Vermögen der Bürger informiert sein, die Besteuerung der Vermögen und deren Erträge würde weiter erleichtert werden.

Gibt es nur mehr digitale Transaktionen, werden Cyberangriffe vermehrt auftreten, die Banken bekommen gigantische Mengen persönlicher Daten.

Jeder Antrag gesondert auf einem Blatt, ist bis .....an das Zentralsekretariat der Gewerkschaftszentrale, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7, zu übermitteln.